

Kurzinformationen

Am 12. November 1968 tagte in Frankfurt a. M. die **Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken**. Es war die erste Vollversammlung nach dem Katholikentag in Essen, die erste auch, zu der Pressevertreter zugelassen waren. **F. Kronenberg**, der Generalsekretär des Zentralkomitees, gab einen rückblickenden Kommentar zum Katholikentag. Er stellte fest: die Pluralität der Teilnehmer sei nie so groß gewesen wie in Essen. Schon die Delegiertenversammlung habe gezeigt, daß auch unter den traditionellen Teilnehmergruppen die Pluralität gewachsen sei. Das Volk Gottes habe über sein eigenes Selbstverständnis nachgedacht. Es ziehe nicht aus der Kirche aus, sondern dränge „mit einer Vehemenz in die Kirche hinein, wie wir es uns als Frucht des letzten Konzils immer gewünscht, wie wir es aber bis zu diesem Katholikentag niemals so deutlich gesehen haben“. Doch werde die Lösung kirchlicher Strukturprobleme weithin als Bedingung für die Mitverantwortung der Laien im Weltdienst der Kirche gesehen. Der Bericht wurde ohne Aussprache entgegengenommen. Eine Ausarbeitung des Zentralkomitees zu den in Essen angesprochenen Aspekten des demokratischen Lebens in Gesellschaft und Kirche, die in vorsichtiger Form auch die dortigen Forderungen nach neuen Formen innerkirchlicher Zusammenarbeit und nach ihrer Weiterentwicklung zu synodalen Strukturen aufnahm, wurde nach eingehender Diskussion zur weiteren Beratung an den geschäftsführenden Ausschuß verwiesen. Ebenso wurde ein Resolutionsentwurf des BDKJ zur innerkirchlichen Strukturveränderung, der auch die Forderung nach Abhaltung einer deutschen Pastorsynode enthält, dem geschäftsführenden Ausschuß zugeleitet. Hingegen wurden drei andere für die Öffentlichkeit bestimmte Entwürfe nach relativ kurzer Diskussion in leicht veränderter Form verabschiedet: eine Erklärung zu *Humanae vitae* — in ihr wurde den Bischöfen für ihre Königsteiner Erklärung gedankt und zugleich das Diskussionsergebnis von Essen auf künftige Diskussionen hin in wissigen Fragen konkretisiert (Kontinuität der Kirche, ganzheitliches Verständnis von Ehe und Geschlechtlichkeit und ihres biologischen Teilaspekts, Grenzen biologischer Manipulierbarkeit). Die Bischofskonferenz wurde gebeten, sich für das offene Sachgespräch „auf allen Ebenen der Kirche“ einzusetzen —, eine Stellungnahme zu Fragen der Entwicklungshilfe und eine Entschließung zur Lage in Nigeria/Biafra. Das Zentralkomitee appelliert an die Katholiken, „durch Selbstverpflichtung regelmäßig auf wenigstens 1 Prozent des Einkommens für die Aufgaben der Kirche und Entwicklungshilfen zu verzichten“. Begrüßt wurde die Bereitschaft der deutschen Bischofskonferenz, dafür auch einen namhaften Betrag aus Kirchensteuermitteln bereitzustellen. Der Beschluß sollte sobald wie möglich verwirklicht werden. Prozente wurden hier nicht genannt. Ebenso wurde die Bundesregierung aufgefordert, die staatliche Entwicklungshilfe zu verstärken. Auch hier sah man in der Endfassung von Nennung eines bestimmten Prozentsatzes ab. Zugestimmt wurde dem Vorschlag des Präsidiums, den Katholikentag 1970 als kleinen Katholikentag in Trier abzuhalten. Ausrichtung und Programm sollten später diskutiert werden. In den Diskussionsbeiträgen zeichnete sich im Blick auf diese eine doppelte Tendenz ab: 1. Die Glaubensprobleme stärker zu thematisieren. 2. Den nächsten Katholikentag primär als einen Katholikentag für die in die neuen pfarrlichen und diözesanen Gremien berufenen bzw. gewählten Katholiken zu veranstalten.

„Den Frieden planen“ lautete das Thema eines **Internationalen Studienkongresses der Pax Christi** vom 1.—3. 11. 68 in Speyer/Ludwigshafen. Für die „offizielle“ katholische Friedensbewegung stellte dieser Kongreß ein Novum dar. Neu waren die durchwegs spürbaren Spannungen, die allerdings durch die tolerante Haltung der meisten Teilnehmer gemildert wurden. Das Studium aktueller Konflikte und die Schaffung eines entsprechenden Problembewußtseins forderte einleitend Kardinal *J. Döpfner*. Kardinal *J. Alfrink* warnte, trotz des Einfalls in

die ČSSR, vor neuem Rüstungswetlauf und verurteilte die Waffenlieferungen in Spannungsgebiete. Prof. *R. Bosc SJ* (Vanves) betonte in seinem Einleitungsvortrag über „Wissenschaftliche Theorie des Friedens und christliche Friedenstheologie“, weder die Theologen noch die Friedensplaner hätten bislang Befriedigendes zur Thematik geleistet. Die Theologen hätten es versäumt, „mit dem Studium der politischen Realität zu beginnen“ (Wortlaut in „Publik“, 8. 11. 68). „Konfliktanalyse“, „Bereitschaft zu internationaler Kooperation“ und „Erziehung zum Frieden“ als die Leitgedanken des Kongresses standen auch über den drei Podiumsdiskussionen. Auf dem ersten Podium „Europa im Ost-West-Konflikt — Entspannungspolitik und Friedensregelungen“ wurden (von Prof. *E. O. Czempel*, Marburg) Verzicht auf Wiedervereinigung als „Wiederherstellung einer anachronistischen politischen Größe“, Aufhebung des Alleinvertretungsanspruchs und multilaterale Zulassung der DDR, nicht aber bilaterale Anerkennung gefordert; ferner (von Prof. *A. F. Manning*, Nijmegen) die Anerkennung der DDR und der Verzicht auf Atom- und Antiraketengewaffen in Europa. Gut besucht war das zweite Podium „Europa im Nord-Süd-Konflikt — Das Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt“. Nicht nur einzelne Weltteile, die Welt selbst sei „unterentwickelt“, betonte der Jesuitenprovinzial *H. Krauss* (München). Die internationalen Produktionsverhältnisse und Wirtschaftsbeziehungen müßten neu geordnet werden, weil das Hauptproblem der Entwicklungsländer ihre Stellung im Weltmarkt sei (vgl. ds. Heft, S. 558). „Erziehung und Frieden“, das dritte Podium, krankte am unklaren Erziehungsbegriff der Diskutanten. Das Publikum warf ihnen „Sandkastenspiele“ vor, zuviel Theorie und einseitige Orientierung am Kind. Die öffentliche Diskussion unter Leitung von Prof. *E. Kogon* bei nur 1200 Zuhörern und technischen Schwierigkeiten führte zu Mißfallenskundgebungen.

„**Sozialethische Erwägungen zur Mitbestimmung in der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland**“ lautet eine neue Denkschrift der EKD-Kammer für Soziale Ordnung vom 15. 11. 68, herausgegeben vom Rat der EKD. In eine aktuelle, sehr kritische innenpolitische Debatte hineingesprochen, setzt sie doch Gedanken fort, die schon 1950 zu dieser Frage skizziert wurden, „um das bloße Lohnarbeiterverhältnis zu überwinden und den Arbeiter als Menschen und Mitarbeiter ernst zu nehmen“. Im weiteren Sinne setzt diese neue, noch auf der letzten Regionalsynode-West (vgl. HK 22, 513) geforderte Denkschrift die frühere von 1962 über „Eigentumsbildung in sozialer Verantwortung“ fort (vgl. HK 16, 402 ff.) und bleibt in der „Tradition“ sozialer Verantwortung bei schwindender institutioneller Autorität. Die Studie einer „Kammer“ der EKD kann und will nach dem Vorwort von *D. Dietzfelbinger* „keine verbindliche Lehrmeinung“ sein, sondern durch ihre „Erwägungen“ die derzeitigen Auseinandersetzungen vor falschen Frontbildungen bewahren und sachliche Ergebnisse fördern. Eine breitere Eigentumsstreuung könne das Problem der Mitverantwortung so wenig lösen wie eine Minderung der den Kapitaleignern zustehenden Rechte. Das Modell der Montanmitbestimmung wird nicht kanonisiert. Vielmehr sucht man die Schaffung neuer Ordnungen für die betrieblichen Arbeitsgruppen durch stärkere Mitbeteiligung der Arbeitnehmer an Entscheidungen, in denen sie selbst Einsichten haben und unmittelbare Mitverantwortung tragen können. Das möchte man erreichen durch eine Erhöhung des Einflusses der Personalleitungen in den Unternehmensleitungen und die planmäßige Entwicklung einer betrieblichen Personal- und Sozialpolitik, ferner durch eine stärkere Beschäftigung der Aufsichtsräte mit den Fragen einer guten Personalpolitik, durch Berufung geeigneter Persönlichkeiten in den Aufsichtsrat. Die Aufsichtsratsitze sollten so verteilt werden, daß die Arbeitnehmerseite das notwendige Gewicht gibt unter gleichzeitiger Rücksichtnahme auf die gesellschaftlich wichtigen Funktionen des Kapitals und

die internationalen Verflechtungen der Unternehmen. Vor allem sollte die Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat sowohl wirtschaftliche wie soziale Sachkenntnisse einschließen. Was die Verteilung der Aufsichtsratssitze betrifft, gab es keine einhellige Meinung. Die Mehrheit der Kammer denkt an ein Ordnungsmodell, nach dem derjenige Teil der Aufsichtsratssitze, der den Arbeitnehmern zur Parität fehlt, in Zukunft bei seiner Bestellung vom Vertrauen beider Seiten abhängig gemacht wird. Die Denkschrift wurde in mehreren Zeitungen (u. a. in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, 16. 11. 68) im Wortlaut veröffentlicht. Ihr Kompromißcharakter kann wohl dazu dienen, eine doktrinaire Verschärfung zu verhindern.

Der künftige „Bund der acht evangelischen Landeskirchen in der DDR“, von der Strukturkommission als Entwurf am 3. 9. 68 vorgelegt, wurde auf der Regionalsynode-Ost der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg (2. bis 5. 11. 68) durch den Bischofsverweser A. Schönher in Auftrag der Kirchenleitung zur Diskussion gestellt. Zwei Prinzipien gerieten dabei miteinander in Widerspruch: das Bestreben, den Bund theoretisch im Rahmen der EKD als ganzer bzw. ihrer Fiktion zu halten, und die eindeutigen Tendenzen der Regierung der DDR, ihre kommunistische Kulturdictatur durch die Integration der einzelnen Landeskirchen in das Leben des orthodoxen, von keinem „Prager Frühling“ angefochtenen Kommunismus voranzutreiben. Die völlige Verselbständigung des kirchlichen Lebens in der DDR durch Beendigung aller Kontakte mit dem Westen, Verzicht auf jede Kritik am Staat und auch Verzicht auf einen Grundsatzdialog mit dem Marxismus (vgl. „Christ und Welt“, 1. 11. 68, S. 28) sollen nicht durch einen neuen kirchlichen „Zentralismus“ gestört werden. Daher will Pankow, übrigens in Übereinstimmung mit dem lutherischen Konfessionalismus von Landesbischof Mitzenheim, Thüringen, eine möglichst föderalistische Lösung des Zusammenschlusses der acht Landeskirchen. Daher erwies es sich als notwendig, den Entwurf nochmals auf einer neuen Strukturkonferenz zu überarbeiten, ehe er im Frühjahr 1969 in Kraft treten und von einer selbständigen Synode beschlossen werden kann. Auf der Synode-Ost von Berlin-Brandenburg, die im Ostberliner Stephanusstift tagte, wurde von Sprechern, die der DDR nahestehen, zum Ausdruck gebracht, „die eigentliche Bedrohung der Kirche ist nicht der Fortschritt der Gesellschaft, sondern ihre eigene Tendenz zur Restauration“. Man solle eine dreijährige Karenzzeit für politische Fragen einhalten und sich innerkirchlichen Reformen zuwenden. Angesichts des Schwundes der Gemeinden wurden bereits Verwaltungskompetenzen auf die Kirchenkreise verlegt, eine langfristige Spezialausbildung der Pfarrer für Teamarbeit beschlossen und ihre Verpflichtung auf Lebenszeit für eine bestimmte Gemeinde auf die Kirche als ganze geändert. Vor der Synode hatte erstmals als Vertreter von Kardinal Bengsch Domkapitular Endres gesprochen, den gemeinsamen Vaterunser-Text und die gemeinsame Bibelübersetzung begrüßt. Mehrere Synodale schlugen vor, nach holländischem Muster einen „Rat der christlichen Kirchen in der DDR“ vorzubereiten, dem auch die „römisch-katholische Kirche angehören“ soll (epd, 4. bis 6. 11. 68).

Zum Thema nachkonziliare Liturgiereform nahm der Papst in seiner Ansprache am 14. Oktober 1968 vor dem römischen Liturgierat Stellung („Osservatore Romano“, 16. 10. 68). Seine Forderungen faßte er in vier Punkte: 1. Die „lex orandi“ muß mit der „lex credendi“ übereinstimmen. Die Reform muß sich im Rahmen der Tradition vollziehen. Neue Gebetsformen können „Gottes nur würdig sein, wenn sie die katholische Lehre getreu wiedergeben“. Zu warnen sei vor „unbesonnener Einführung beliebiger Neuerungen“. Eine „gesunde Reform“ müsse „Altes und Neues passend verbinden“. 2. Die liturgischen Riten sind Sache der Kirche, keine „private Angelegenheit“. Jeder müsse ein klares Bewußtsein von der „kirchlichen und hierarchischen Natur“ der Liturgie haben. Der Papst kritisierte hier das „eigenmächtige ungebührlich weite Vorgehen selbst von Bischofskonferenzen“ und tadelte die Durchführung „willkürlicher Experimente“. 3. Die Abschaffung alter Riten

ist zu bejahen, der Trend zur „Entsakralisierung“ jedoch abzulehnen. Sorge bereite der Gebrauch „gewöhnlicher für den profanen Gebrauch bestimmter Dinge“ für die Liturgie, für die man nur „heilige Dinge und Gefäße“ verwenden dürfe. Rituale Vereinfachungen müßten maßvoll sein. 4. Die Reform müsse in der römischen Tradition verankert bleiben. Von ihr dürfe man „nicht allzusehr abweichen“, da die lateinische Liturgie in ihr „Ursprung, Wachstum und Entfaltung gefunden“ habe. Grund dafür sei, daß die Kirche „in dieser Stadt den Mittelpunkt der Einheit und das Bollwerk der Katholizität besitze“ (vgl. ds. Heft, S. 556). Abweichungen auf diesem und anderen Gebieten hätten „als Ursache gewöhnlich das Fehlen des römischen Geistes“. — „Le Monde“ (16. 10. 68) kommentiert diese Rede mit dem Hinweis: der Papst tendiere zu einer genauen Überwachung der nationalen Bischofskonferenzen als den mit Rom konkurrierenden Instanzen. Die „Neue Zürcher Zeitung“ (10. 10. 68) glaubte darin sogar einen Zusammenhang mit den bekannten Vorgängen um den Bischof von 's Hertogenbosch sehen zu müssen.

Die wirksame Förderung des Ökumenismus und eine Warnung vor voreiligen Initiativen standen im Mittelpunkt der Ansprache Papst Pauls VI. an die Mitglieder des Sekretariats für die Einheit der Christen in der Audienz zum Abschluß ihrer seit dem 4. November laufenden Arbeitssitzung („Osservatore Romano“, 14. 11. 68). Hauptthema der Sitzung war der zweite Teil des Ökumenischen Direktoriums, der demnächst veröffentlicht werden soll. Im Hinblick auf dieses Thema sagte der Papst, eine wirkliche Förderung des Ökumenismus erfordere die Einhaltung „exakter Normen“. So sei das Direktorium keine „Sammlung von Ratschlägen“, die man auch „ignorieren“ könne, sondern eine „echte Instruktion“, der sich jene „unterwerfen müssen, welche dem Ökumenismus wirklich dienen wollen“. Der Papst warnte vor „voreiligen“ Initiativen in verschiedenen Teilen der Welt: der Zulassung nichtkatholischer Christen zur Eucharistie in der katholischen Kirche, der Teilnahme von Katholiken an der Eucharistiefeier von Nichtkatholiken sowie vor der „Interzelebration“ zwischen Geistlichen verschiedener christlicher Gemeinschaften. Diese Initiativen würden den ökumenischen Fortschritt eher verzögern. Sie implizierten darüber hinaus ein gegenwärtig noch nicht bestehendes gemeinsames Verständnis über die Natur des Priestertums und die Eucharistie. Der Papst verstehe zwar, daß diese ungeduldigen Initiativen sich oft nur gegen die institutionelle Langsamkeit richteten und auch „Zeichen der Liebe zu Christus“ sein können. Doch da sie die Institution in Frage stellen, müsse man auf sie das Wort Pauli anwenden: „Ich gebe ihnen das Zeugnis, daß sie Eifer für Gott haben, aber nicht in rechter Erkenntnis“ (Röm. 10, 2). Vom Weg der „theologischen Wahrheit“ dürfe nicht abgewichen werden. Die Stunde der Einheit bestimme Gott selbst. Bis dahin sei der Weg vorgezeichnet: Diskussion auf verantwortlicher Ebene, Begegnung im Gebet, Studium der Schrift und authentischen Tradition, gegenseitige Liebe und Zusammenarbeit in den großen Aufgaben der Menschheit: Friede, Abrüstung, sozialer Fortschritt, Entwicklungshilfe, Hilfe für alle Armen. Doch dürfe man sich nicht auf diese Aufgaben beschränken. Die „vom Herrn gewollte Einheit“ sei eine „ekkesiale, sichtbare und organische Einheit“, welche historisch und eschatologisch das Antlitz der Kirche als Braut Christi allen sichtbar zeigen müsse.

Eine grundlegende Revision des gegenwärtigen sozialen Status des Priesters fordert ein seit dem 3. November 1968 zirkulierendes, 15. 11. 68 von etwa 145 Geistlichen unterzeichnetes Schreiben von Priestern der Erzdiözese Paris (Wortlaut in „Le Monde“, 14. 11. 68). Die Unterzeichner verweisen auf die „offensichtlichen“ Widersprüche zwischen der Glaubensverkündigung und ihren Erfahrungen, zwischen ihrer Lebensweise und der der übrigen Menschen. Als Gründe führen sie an: 1. Zu große — „manchmal unerträgliche“ — Abhängigkeit des Priesters von der gegenwärtigen Struktur der Kirche. Diese hindere sie an der Wahrnehmung der vollen Verantwortung für ihr eigenes Leben wie an ihrer Solidarität mit den Men-

schen. 2. Diese Situation habe sich seit dem Konzil nicht geändert. Das „System“ verzögere die Entfaltung eines neuen Lebensstils. „Wir wollen, daß unser Priestertum Anteil hat an der für heute wie für die Zukunft notwendigen Einweltlichung der Kirche.“ Es müsse in die menschliche Existenz „reintegriert“ werden. Die Lohnarbeit erscheint ihnen dafür als das bevorzugte Mittel. Wir „wollen Priester der Basis“ sein, „solidarisch mit den Menschen und Christen der Basis“. Damit wollte man bei der heute vorherrschenden Ausbeutung und Manipulation der Menschenwürde zur Anerkennung verhelfen. Sie sei ein erster Schritt zu neuen Formen des Priestertums in der Kirche, wobei freilich nur ihr kollektiver Aspekt eigentlich neu sei. „Wir wissen, daß auch die Bischöfe sich ähnliche Fragen stellen.“ Doch seien die Bedingungen eines echten Dialogs heute in der Kirche noch nicht gegeben. „Wir wollen zwar den Dialog, aber in der Beziehung der Gemeinschaft, nicht der Unterordnung.“ Weiter betonen die Unterzeichner, daß sie damit nicht die apostolische Sukzession und die mit ihr gegebene Abhängigkeit leugnen. Sie lehnen nur die Form der Abhängigkeit ab. Sie fordern: freie Meinungsäußerung in Schrift und Wort, politisches und gewerkschaftliches Engagement, die grundsätzliche Möglichkeit der Zulassung verheirateter Priester, kollektive Ausübung des Rechtes der Beratung und Beschlußfassung,

direkte Mitsprache bei Ernennung und Versetzung von Priestern und Bischöfen. Die Einsetzung einer „Ständigen Versammlung“ zur gemeinsamen Diskussion mit Bischöfen und Laien. — Dieser Brief, der ohne vorherige Abstimmung mit dem Episkopat der Presse übergeben wurde, löste bei diesem Unruhe aus. Der Erzbischof von Paris, *F. Marty*, hatte bereits während der Vollversammlung des Episkopats seine Bereitschaft zum Dialog und zum Empfang aller Unterzeichner bekundet. *R. Frossard*, Weihbischof in Paris und Mitglied des bischöflichen Komitees für die Arbeitermission, wies auf die gegensätzliche Begründung hin, welche diese Priester sowie die „Arbeiterpriester“ ihrer Arbeit geben. *Abbé M. Oraison*, der mit zu den Unterzeichnern gehört, stellte klar, daß es sich um keine „geheime Umstürzbewegung“ handle, sondern um eine „Entklerikalisierung des Priesters“, und bedauerte die Übergehung der Bischöfe. „*La Croix*“ (12./13. 11. 68) befürchtet eine Verschärfung der Gegensätze im französischen Klerus und distanziert sich von den Beweggründen. Ein vom Generalsekretariat des französischen Episkopats herausgegebenes Kommuniké („*Le Monde*“, 15. 11. 68) hält die Forderung nicht a priori für „unannehmbar“, sieht jedoch den Kern der Schwierigkeit in der Natur der Sendung des Priesters und bedauert das einseitige Vorgehen der Unterzeichner.

Zeitschriftenschau

Theologie und Religion

FOHRER, Georg. Das Geschick des Menschen nach dem Tode im Alten Testament. In: *Kerygma und Dogma* Jhg. 14 Heft 4 (1968) S. 249—262.

Aus allen einschlägigen Stellen, die in irgendeiner Weise auf den Auferstehungsglauben bezogen werden, weist Fohrer als Grundmerkmal des alttestamentlichen Glaubens seine volle und uneingeschränkte Diesseitigkeit nach. Es gibt kein Entrinnen aus dem Tode, der in die Unterwelt führt. Auch da, wo um die Rettung vor dem Tode gebetet wird, sei nicht an eine Entrückung oder Auferweckung gedacht, nur an eine Vergeltung. Erst in spätester Zeit gibt es Spuren einer Hoffnung auf die Auferstehung der Toten. Hos. 6, 1 gehöre nicht dazu, sondern handle vom Aufstehen eines Verwundeten. Ezech. 37 sei symbolisch für die Befreiung Israels zu verstehen. Der einzige echte Beleg für eine alttestamentliche Auferstehungshoffnung sei die Michaelperikope Dan. 12, 1—3. Sie besagt auch nur, daß die Toten nicht für immer der Gottesherrschaft entzogen bleiben.

LUTZ, Hans. Sozialgeschichtliche Voraussetzungen des Atheismus. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* Jhg. 19 Heft 10 (Oktober 1968) S. 596—601.

Der vor allem mit sozialetischen Fragen befaßte evangelische Theologe und Wirtschaftswissenschaftler erörtert hier die Entstehung und Entwicklung des modernen Atheismus aus der Aufklärung und, mit besonderer Betonung, den sozialgeschichtlichen Voraussetzungen für das moderne Freidenkertum. „Wir tun gut daran, diese sozialgeschichtliche Komponente der Aufklärung festzuhalten, ohne uns der Illusion hinzugeben, daß mit der Aufhebung der sozialgeschichtlichen Voraussetzungen des Atheismus der Trend zu diesem ebenfalls schon aufgehoben wäre.“ Die Kirche müsse heute erkennen, daß gesellschaftliche Ordnungen keine „ewigen Schöpfungsordnungen“ sind, sie dürfe nicht „systemgläubig“ sein und ein bestimmtes Gesellschaftssystem als das christliche ausgeben. Prinzipien wie Freiheit, Friede und Gerechtigkeit dürften nicht in „das Ghetto einer innerlichen Sphäre“ eingeschlossen werden, sondern

müßten im konkreten Bereich irdischer Ordnungen durchgesetzt werden. Sie müsse auch die Frage stellen, ob dort von Atheismus gesprochen werden dürfe, wo das Bekenntnis zu einem bestimmten Gottesglauben nicht vollzogen, wo aber alle Kraft daran gesetzt wird, die Existenz des Menschen menschlicher zu gestalten. „Das beinhaltet zugleich die Frage, ob das Bekenntnis zu einem religiösen Glauben nicht Atheismus sein kann, wenn die Bekenner zugleich die Ausbeutung von Menschen betreiben.“

RATZINGER, Joseph. Zur Frage nach dem Sinn des priesterlichen Dienstes. In: *Geist und Leben* Jhg. 41 Heft 5 (1968) S. 347—376.

Die verkürzte Niederschrift zweier Vorträge vom August 1967 vor den deutschsprachigen Regenten in Brixen beginnt damit, die Krise des priesterlichen Bewußtseins von der Bibel her, d. h. vom Ende des atl. Kultus, gemäß dem Hebräerbrief aufzuarbeiten. Das haben schon andere getan, aber neu und hilfreich ist eine Erklärung der sprachlichen Wende im NT, das anstelle der atl. Begrifflichkeit für den Kulpriester aus Mangel an geeigneten Worten säkulare Begriffe für einen christologischen Gehalt verwendet, der erst im konkreten Apostolat zur Entfaltung kommt, im Dienstcharakter der Berufung durch Jesus statt in einem levitischen Erbe: das Amt als Vikariat. Auch die Konzilsdekrete zieht Ratzinger heran und erklärt die für moderne Menschen so schwer verständliche Unwiderlichkeit der Berufung. Er zeigt aber auch in Antithese zur evangelischen Versuchung, das Amt zu funktionalisieren, die katholische auf, in die alttestamentliche Priesterterminologie zurückzufallen. Das Modeschlagwort „Priester auf Zeit“ lehnt er mit Begründung ab.

SÖNNITAG, Frederick. Why Language about God cannot be Final: Change in God vs. Changing Language about God. In: *The Heythrop Journal* Vol. IX Nr. 4 (Oktober 1968) S. 371—383.

Das späte 19. und frühe 20. Jahrhundert habe innerhalb der protestantischen Theologie kaum eine direkte Aussage über Gott erbracht, vielmehr habe der Mensch und seine Situation im Zentrum gestanden. Die

Mitte unseres Jahrhunderts habe sich erneut mit der göttlichen Natur befaßt, wobei allerdings diese Versuche, zu einer Aussage über Gott zu gelangen, den Eindruck erweckten, als wollten sie Gott Wandelbarkeit zuschreiben. „Sind die modernen Metaphysiker ... zu Einsichten gelangt, die es uns ermöglichen, in Gott eine Wandelbarkeit festzustellen, während die klassischen Theologen diese ausschließen zu müssen glauben?“ Wäre Gottes Wesen einfach und festgelegt, so antwortet der US-amerikanische Religionsphilosoph, wäre seit langem eine Theorie definiert und fixiert worden. Allerdings scheine sein Wesen in einer Weise auf, die es erlaube, ihn mit mehr als einer theoretischen Struktur zu erfassen. Heute stelle sich die Frage so: welche Betrachtungsweise Gottes besitzt die hinreichende Kraft, um eine neue Sicht des Göttlichen hervorzurufen?

Philosophie und Anthropologie

RÉGNIER, Marcel. L'homme, nature ou histoire. In: *Études* (Oktober 1968) S. 447—450.

M. Régnier setzt sich in dieser kurzen Analyse mit dem „Gegensatz“ von Natur und Geschichte auseinander: „Natur“ als genau umgrenztes Wesen verstanden, aus dem bestimmte spezifisch auf ein Ziel, nämlich die Selbstverwirklichung, hinggerichtete Handlungen folgen. In diesem traditionellen Verständnis gebe es eine unveränderliche Wesensordnung. Dagegen werde der Mensch heute mehr als „Geschichte“ gefaßt, mit in die Zeitlichkeit hineingebundenem Geist und seiner Freiheit; „Natur“ sei für ihn mehr Objekt, das man begreift und sich dienstbar macht. Doch der Mensch verwirklicht sich, indem er Geschichte macht, Werte und Ziele schaffe. Dies mache eine Synthese möglich: die Natur, die sich gerade in und durch die Geschichte entfalte. Anstatt z. B. Monogamie und Polygamie (Patriarchen) auf die gleiche menschliche Natur zurückzuführen, solle man deshalb eher eine gerichtete geschichtliche Entwicklung des sittlichen Bewußtseins annehmen. Diese Gerichtetheit steuere einen „Sinn“ an, die vollmenschliche Personalität. Dieser „Sinn“ bringe aber wieder den Begriff „Natur“ ins Spiel. Aus einem vorgegebenen „Wesen“ die gesamte zukünftige